

Politik

Spektrum

ZUSAMMENGESTELLT VON
JOHANNES THOMAS

Deutsch-französische Europa-Rhetorik und Anti-Blair-Propaganda

Seit dem Scheitern der Finanzverhandlungen beim letzten Europäischen Gipfel hat sich in Medienberichten und Politikerreden, selbst bei Europaabgeordneten, die es doch besser wissen müssten, die von Gerhard Schröder und Jacques Chirac mit kräftiger Unterstützung durch Jean-Claude Juncker erdachte Anti-Blair-Polemik durchgesetzt. Danach stehe Großbritannien für ein Europa als bloße Freihandelszone, während Frankreich und Deutschland den Weg zu einer politischen Union verfolgten. Dabei verteidigten sie das europäische Sozialmodell, während die Briten allein auf die Kräfte des freien Marktes setzten. Dass diese Einschätzungen mit der politischen Realität nicht sehr viel zu tun haben, zeigt sich allein schon daran, dass es zwar eine Art europäisches Sozialmodell gibt, aber das französische Modell sich ebenso vom deutschen wie vom britischen, aber natürlich auch vom italienischen, spanischen oder schwedischen Modell unterscheidet. Eine Konfrontationslinie zwischen Deutschland und Frankreich einerseits und Großbritannien andererseits ist von daher reine Anti-Blair-Propaganda, ganz abgesehen davon, dass es bizarr anmutet, wenn zwei Länder

sich der unbeirrten Verteidigung eines Systems rühmen, das bei ihnen zu Hause gut 10 Prozent Arbeitslose produziert, während das verheißene „britische Modell“ nur etwa einen halb so hohen Prozentsatz an Arbeitslosen hervorbringt.

Völlig wirklichkeitsfremd ist auch der in polemischer Absicht konstruierte Gegensatz von britischer Vorliebe für eine bloße Freihandelszone und deutsch-französischen Bestrebungen zu einer politischen Union. Eine solche Union hat zuletzt Helmut Kohl bei den Verhandlungen über die Maastrichter Verträge vergebens angestrebt, wobei er unter anderem am Widerstand François Mitterrands gescheitert ist. Ähnlich absurd ist das Gerede von Blairs Wunsch nach einer bloßen Freihandelszone, denn spätestens seit den Römischen Verträgen von 1957 ist Europa keine reine Freihandelszone mehr.

Heute geht es in Europa, wie es scheint, generell nicht mehr um rasche Integration, sondern, jedenfalls fürs erste, um eine Verstärkung der intergouvernementalen Zusammenarbeit. Das wird in Frankreich auch ganz deutlich so artikuliert, und zwar nicht nur etwa vom ehemaligen Außenminister Hubert Védrine („Le Monde“, 9.6.2005), der Fischer nach der Humboldt-Rede mit dem Flöte spielenden Rattenfänger von Hameln verglichen hatte, sondern auch von Premierminister Dominique de Villepin, der bisher allerdings in eher vagen Umrissen, eine engere zwischenstaatliche Kooperation propagiert („Le Monde“, 30.6.2005). Sein innerparteilicher Hauptgegensepieler, der präsumptive Kandidat der Mitte-rechts-Parteien für 2007, Nicolas Sarkozy, propagiert sie jedoch nicht nur, sondern praktiziert sie bereits erfolgreich seit 2003, und zwar im Bereich der Innenpolitik. Die von ihm ins Leben gerufene Zusammenarbeit der G-5-Innenminister von Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien und Deutschland ist zunehmend intensiver geworden und hat auch konkrete Ergebnisse gebracht. Allerdings funktioniert sie außerhalb der Ge-

meinschafts-Institutionen. Beim jüngsten Treffen der Innenminister am 5. Juli 2007 stellte Sarkozy fest, nur diese Art von Kooperation sei geeignet, das Vertrauen der Bürger in Europa wieder herzustellen. Europäische Entscheidungen dürfe man nicht einer Bürokratie in Brüssel überlassen, die nicht zur Rechenschaft gezogen werden könne. Stattdessen müssten die Regierenden handeln, denn die seien ihren Wählern gegenüber verantwortlich. Neben der Supranationalität erklärte er, wie ebenfalls schon bei früheren Gelegenheiten, die deutsch-französische Führungsrolle für überholt: „Im Europa der Sechs war es selbstverständlich, dass Deutschland und Frankreich die Führungsrolle übernahmen, im Europa der 25 reicht das jedoch nicht mehr aus.“ („Libération“, 6.7.2005)

Und noch einen weiteren Grundsatz früherer deutscher Europapolitik erklärte er für obsolet, nämlich den Grundsatz eines „gleichberechtigten Miteinander“ der großen und der kleinen Staaten (vgl. die entsprechenden Ausführungen von Helmut Kohl im Dossier). Als nicht leicht nachvollziehbare Begründung führte er an, kleinere Staaten hätten bei der illegalen Einwanderung nicht die gleichen Sorgen wie die großen Länder.

Was sich mit dieser Art Kooperation anbahnt, ist also nicht nur ein Europa außerhalb der Verträge – sonst hätten die kleineren Staaten ja wenigstens die Möglichkeit sich zu beteiligen – sondern auch die Etablierung eines Direktoriums der Großen. Dass die Briten dabei ebenso mitmachen wie die Deutschen, belegt, dass es fundamentale Divergenzen in den Europavorstellungen dieser Länder derzeit gar nicht gibt.

Deutliche Unterschiede gibt es jedoch weiterhin in den außenpolitischen Ansätzen. Hier demonstrierten Deutschland und Frankreich erst kürzlich wieder eine nonchalante Missachtung europäischer Loyalitäten, die an die direktorialen Anmaßungen im Gefolge der Irak-Krise erinnerten. So ließen sich Schröder und Chirac von Vladimir Putin zu den

750-Jahrfeiern von Königsberg/Kaliningrad einladen, während die EU-Anrainer Polen und Litauen zu deren Verärgerung demonstrativ nicht eingeladen waren und die Präsenz Chiracs nur den Sinn hatte, die antiamerikanische Achse Paris–Berlin–Moskau wieder aufleben zu lassen („Le Monde“, 3./4. 7.2005). Ob Schröder und Putin bei dieser Gelegenheit, wie ein Berichterstatter von „Libération“ (5.7.2005) gehört haben will, Chiracs Spott und Späßen über Blair mit lautem Gelächter Beifall gezollt haben, klingt zwar nach Chiracs verächtlichen Bemerkungen über die britische Küche im Zusammenhang mit Londons Olympiabewerbung plausibel, sei aber dahingestellt. Belegt ist jedenfalls Chiracs Bemerkung zur Verärgerung Litauens und Polens: „Ich sehe nicht, was irgendjemand in dieser Frage [Einladung nach Königsberg, Anm. d.Red.] zu kommentieren hätte“, während Schröder jede Stellungnahme zu diesem Streit verweigerte. Andererseits „stimmen wir“ ausdrücklich der „russischen Iran-Politik“ zu, das heißt genauer, „der aktiven Rolle Russlands“ beim iranischen Atomprogramm. Die offizielle Haltung der EU, die vom Iran einen definitiven Stop des Programms zur Anreicherung von atomwaffenfähigem Uran fordert, wurde von beiden Politikern schlicht und einfach ignoriert („Le Monde“, 5.7.2005).

Scheitert die "französisch-algerische Achse" an der kolonialen Vergangenheit?

Seit Jacques Chiracs triumphalem Staatsbesuch in Algerien im März 2003, besonders aber, seit der französische Staatspräsident im April 2004 angekündigt hat, er wolle noch vor Ende 2005 eine „französisch-algerische Achse“ durch einen Freundschaftsvertrag nach dem Muster des Élysée-Vertrags mit Deutschland begründen, haben sich die bilateralen Begegnungen zwischen beiden Ländern vervielfältigt. Die neue Achse soll nach Chiracs Vorstellung in der gleichen Weise als Motor der europäisch-maghrebinischen Zusammenar-

beit fungieren wie das deutsch-französische Duo in Europa (siehe „Spektrum Politik“, DOKUMENTE 6/2004).

Alle bedeutenden politischen Kräfte Algeriens standen und stehen einer solchen engen Kooperation mit dem früheren Kolonialherren positiv gegenüber, zumal die geplante Zusammenarbeit auch weitere Bereiche, so etwa Wissenschaft und Forschung und sogar das Militärische umfassen soll.

Allerdings war selbst im Überschwang der Verheißungen des Chirac-Besuchs die Bevölkerung Algeriens in einigen zentralen Fragen des nationalen Selbstverständnisses noch nicht so weit im Einklang mit den Vorstellungen der französischen Bevölkerung, wie es Anfang der 1960er Jahre die französische und die deutsche Bevölkerung im Hinblick auf die Aussöhnung gewesen sind. Während 88 Prozent der Algerier meinten, Frankreich müsse sich für die im Algerienkrieg begangenen Grausamkeiten entschuldigen, waren nur 45 Prozent der Franzosen dieser Meinung, und während 71 Prozent der Franzosen der Überzeugung waren, ihr Land habe Algerien viel gegeben und Algerien überhaupt erst entwickelt, teilten in Algerien nur 31 Prozent diese Vorstellung („Le Monde“, 31.10./1.11.2004). Solche Divergenzen zwischen den Geschichtsbildern machen verständlich, dass einerseits die französische Nationalversammlung einer Gesetzesvorlage zur positiven Sicht der eigenen kolonialen Vergangenheit in Algerien zustimmen konnte und andererseits der aus den Unabhängigkeitskämpfen hervorgegangene Front de Libération Nationale (FLN), heute die tragende Regierungspartei, auf das Schärfste gegen dieses Gesetz protestierte.

Das vom französischen Parlament am 23. Februar 2005 verabschiedete Gesetz bezweckte in erster Linie die Entschädigung von heimgekehrten Algerienfranzosen und der Harkis (Algerier, die auf französischer Seite gekämpft hatten), aber es wurde dann um den Passus ergänzt: „Das positive Wirken

der Gesamtheit unserer Mitbürger, die in Algerien während der Zeit der französischen Präsenz gelebt haben, wird öffentlich anerkannt.“ Der FLN verurteilte, allerdings erst mit viermonatiger Verspätung, „mit großem Nachdruck ein Gesetz“, das die „Kolonialisierung verherrlicht“, „eine rückwärtsgewandte Sicht der Geschichte feierlich bekräftigt“ und „die Barbarei der Kolonisation sowie die verabscheuenswürdigsten Handlungen vertuscht“. Das Gesetz sei „revisionistisch“ und „neokolonial“. Die Zukunft der französisch-algerischen Kooperation könne durch dieses Gesetz ernsthaft gefährdet werden.

Der frühere algerische Minister und Senator *Badir Boumaza*, der 1958 im Pariser Innenministerium gefoltert worden war, meinte in einem Interview mit „Le Monde“, er wünsche zwar weiterhin die Annäherung an Frankreich, sogar eine Allianz, aber das Land müsse sich endlich seiner kolonialen Vergangenheit stellen. Er rückte die Verleugnung der Kolonialverbrechen moralisch sogar in die Nähe der Verleugnung der Nazi-Verbrechen an den Juden. Aber Deutschland habe wenigstens seine Entnazifizierung gehabt, während Frankreich sich immer noch nicht von seiner Kolonialmentalität gelöst habe (11.6.2005).

Der algerische Präsident *Abdelaziz Bouteflika* hat sich ebenfalls zu diesem missglückten Vergleich verstiegen und das Gesetz vom 23. Februar 2005 als Ausdruck einer „geistigen Blindheit“ verdammt, die „dem Negationismus und Revisionismus gleich kommt“. Sein Land könne „auf keinen Fall, auch nicht durch sein Schweigen, eine vorgebliche zivilisatorische Mission (des kolonialen Frankreich) anerkennen“ („Le Monde“, 1.7.2005).

Abgesehen von der völlig unangemessenen Gleichsetzung der Kolonialherrschaft mit Auschwitz trifft der Vorwurf unverdauter kolonialer Mentalität nicht ganz zu Unrecht Teile der Regierungspartei (der neue Außenminister *Philippe Douste-Blazy* hat bereits 2003

einen ähnlichen Gesetzentwurf einzubringen versucht, damals allerdings vergeblich) sowie den äußersten rechten Rand des politischen Spektrums. Dagegen hat der französische Geschichtslehrerverband bereits erklärt, das Gesetz, das „der Ethik des Historikers widerspreche“, werde keine Konsequenzen für den Schulunterricht haben. Der Autor eines Buches mit dem vielsagenden Titel „Nos ancêtres ne sont pas les Gaulois“ zog den Schluss, die Anweisung des Gesetzes hätte die gleiche Bedeutung wie eine Anweisung an die Mathematiklehrer, künftig zu lehren, das $2 \text{ plus } 2 \text{ gleich } 5$ sei („Le Monde“, 11.6.2005).

Historiker, Politologen und selbst Philosophen fordern seit diesem Jahr nachdrücklich eine unvoreingenommene, Tabus nicht scheuende Beschäftigung mit der kolonialen Vergangenheit (siehe unter anderem „Le Monde“, 2.2., 17.3. und 17./18.5.2005). In Deutschland wird diese Diskussion auch erst

in jüngerer Zeit intensiver geführt. Hier böte sich Gelegenheit für eine tiefer gehende deutsch-französische Forschungskooperation.

Auf der politischen Ebene scheint Frankreich eine Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit in Algerien jedoch fürs Erste erspart zu bleiben. In einer Botschaft an Chirac zum französischen Nationalfeiertag schrieb Bouteflika, dass der in diesem Jahr zu unterzeichnende Freundschaftsvertrag „unseren Beziehungen auf neuer Grundlage wieder Schwung verleihen“ werde, und er sei zuversichtlich, dass die neue Dynamik „zur Errichtung einer strategischen und exemplarischen Partnerschaft zwischen unseren beiden Ländern“ führen werde. In der Tat sehen französische Firmen in Algerien ein neues „Eldorado“, seit bekannt wurde, dass das Land über 40 Milliarden Euro in den Ausbau seiner Infrastruktur investieren wird („Le Monde“, 25.6., 15.7.2005).